

# Der technozentristische Integrationsbegriff in der europäischen »Wissensgesellschaft«

Roswitha Hofmann

## Einleitung

Mit der im März 2000 in Lissabon vom Europäischen Rat beschlossenen neuen strategischen Ausrichtung der Europäischen Union (EU) wurde die »Wissensgesellschaft« als Faktum und Ziel in Verbindung mit der Entwicklung einer »wissensbasierten Wirtschaft« und einer »Informationsgesellschaft« in den institutionellen EU-Diskurs eingeführt. Dabei wurden die Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) als wesentliche Treiber der gesellschaftlichen Transformationen in den letzten Jahrzehnten ins Zentrum der Strategie gestellt. An die IKT-Nutzung wurde in der so genannten Lissabon-Strategie neben der wirtschaftlichen Perspektive auch die integrative Entwicklung der EU geknüpft.

Aus einer diskurstheoretischen Sicht, wie sie von der Autorin dieses Artikels angenommen wird, muss die Lissabon-Strategie als Ergebnis eines ExpertInnendiskurses betrachtet werden, und der darin formulierte integrative Anspruch als ein zu problematisierendes Moment. Dies begründet sich dadurch, dass aus diskurstheoretischer Sicht die Grundfunktion von Diskursen in der Herstellung von Differenz und damit von Grenzziehungen zu finden ist, sowie dadurch, dass ExpertInnen als Akteurinnen und Akteure im gesellschaftlichen Umfeld Eigeninteressen vertreten und das von ihnen produzierte Wissen – trotz aller Objektivitätsanmaßungen – immer Wertungen und Normierungen enthält (vgl. Felt/Nowotny/Taschwer 1995; Singer 2005). Es ist keineswegs eine neue Erkenntnis, dass wissenschaftliches Wissen wie andere Wissensformen auch durch die gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen und die darin eingeschriebenen Machtverhältnisse entsteht und diese beeinflusst. Werden ExpertInnen als Beratende in konkrete politische Prozesse einbezogen (vgl. Sabatier 1999), werden sie also beauftragt, Strategien aufgrund ihres Wissens zu bewerten oder zu entwerfen, sind Wertungen über die Herstellung und Vermittlung von (neuem) Regel- und Orientierungswissen sogar gefordert. ExpertInnen bauen dabei häufig auf bereits existierende und gesellschaftlich akzeptierte – also als »wahr« geltende – »Geschichten« auf und gestalten diese mit. Das diskursive Konstrukt der »Wissensgesellschaft« kann als eine solche Geschichte begriffen werden. Der Diskurs zur »Wissensgesellschaft« in Verbindung mit der Vision einer »wissensbasierten Ökonomie« repräsentiert somit nicht nur Bilder konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse, wie es in einer Reihe von Analysen, die mit diesem Begriff arbeiten, unterstellt wird, sondern er gestaltet eben diese Verhältnisse wesentlich mit. Darin enthaltene Vorstellungen von Integration sind daher aus einer diskurskritischen Perspektive immer durch normalisierende und nivellierende Aspekte konstituiert, die auf spezifische Machtverhältnisse verweisen.

Aus Sicht einer kritischen Sozialwissenschaft, die nicht nur deskriptiv arbeiten sondern auch machtkritisch agieren will, sind daher konsequenterweise die mehrheitlich euphorischen Reden zum Thema »Wissensgesellschaft« und zur »wissensbasierten Wirtschaft« auf deren implizite Ideen und die darin angelegten diskursiven Handlungsräume zu befragen. So steht im Fokus dieses Artikels die in der Lissabon-Strategie eingeschriebene Vision, dass die Nutzung der IKT durch die gesamte Bevölkerung in allen Lebensbereichen die soziale, ökonomische und politische Integration wie auch den Wohlstand insgesamt befördert. Damit sind aus Sicht der Autorin zumindest drei Formen der Subjektkonstruktion verknüpft, die im Rahmen der Lissabon-Strategie als integrative Positionen etabliert wurden: die Konsumentin/der Konsument (IKT-UserIn), die »Wissensarbeiterin«/der »Wissensarbeiter« und das politisch partizipierende Subjekt. Diese Subjektkonstruktionen, so die zentrale These dieses Beitrages, wurden über ExpertInnendiskurse mit dem Diskurs zur »Wissensgesellschaft« bzw. zur »wissensbasierten Wirtschaft« als neue kollektive Imagination (vgl. Howarth 2000, 111) im institutionellen EU-Diskurs eingeführt. Dabei wurde auf Ebene der Problemdefinitionen wie auf jener der Problemlösungen auf mehrheitlich technologiezentrierten Narrationen aufgebaut. Aus einer diskurstheoretischen und machtkritischen Perspektive betrachtet wurde dabei von ExpertInnen ein starker Zusammenhang zwischen dem Glauben an die technologische Lösung gesellschaftlicher Problemstellungen<sup>1</sup> und einer an De- und Re-Regulierung orientierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, die wissenschaftliches und technologisches Wissen als Standortfaktor begreift, hergestellt. Kritische Wissenschafts- und Technikforschung muss in diesem Zusammenhang u. a. zum einen der Frage nachgehen, wie in diesem Prozess ExpertInnenschaft zugewiesen wurde und wer als Expertin/als Experte warum Legitimation erhielt. Zum anderen interessiert die Frage, wie diese ExpertInnen bei der diskursiven Etablierung eines technologiezentrierten Integrationsbegriffs mittels Etablierung einer kollektiven Imagination und entsprechender Narrationen mitwirkten und welche Konsequenzen sich daraus für die Subjektkonstruktionen, die individuelle Selbstwahrnehmung und die strukturellen Existenzbedingungen ergaben.

Bisher dominierte bei der wissenschaftlich-analytischen Behandlung des Themas »Wissensgesellschaft« bzw. »wissensbasierte Wirtschaft« die Beschäftigung mit den neuen Verhältnissen zwischen Wissenschaft, Politik und Ökonomie in an De- und Re-Regulierung ausgerichteten Wirtschafts- und Politiksystemen (vgl. u. a. Weingart 2001, Bittlingmayer 2005). Die diskursstrukturierende Rolle von ExpertInnen in diesen Prozessen wurde bisher nicht aufgearbeitet. Ausgehend von der Rolle, die ExpertInnen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Feldern wie Wissenschaft, Politik und Wirtschaft spielen, wird in Folge die historische Diskursentwicklung zur »Wissensgesellschaft« kurz dargestellt, um die diskursive Kontinuität von ExpertInnendiskursen zu explizieren. Des Weiteren wird die Adaptierung des Diskurses in den institutionellen EU-Diskurs beschrieben und das Thema ExpertInnenschaft in der EU sowie im Rahmen des Diskurses zur »Wissensgesellschaft« in der Lissabon-Strategie behandelt. Aus der Chronologie des Lissabon-Prozesses werden in Folge jene Diskursereignisse hervorgehoben, in denen ExpertInnen eine zentrale Rolle spielten. Die in diesen Diskursereignissen diskursiv hergestellten Narrationen und die sich daraus ergebende kollektive Imagination sind Gegenstand des abschließenden Kapitels.

## ExpertInnen im Spannungsfeld Wissenschaft – Politik – Wirtschaft

Mit der Herausbildung der Technik- und Naturwissenschaften im Europa des 17. Jahrhunderts ging die Etablierung neuer Professionen (»der Wissenschaftler«/»der Techniker«) einher, welchen eine superiore Rolle in der Herstellung von objektivem und damit »wahrem« Wissen zuerkannt wurde. Diese Professionen waren bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts aufgrund des weitgehenden Ausschlusses von Frauen aus der höheren Bildung nur Männern zugänglich, womit auch die gesellschaftliche Position, die Lebenswelten von Männern und Vorstellungen von »Männlichkeit« bis in die Gegenwart den technischen und wissenschaftlichen Diskurs prägen (vgl. Heintz/Merz/Schumacher 2004). Technische Fähigkeiten, abstraktes Denken und wissenschaftliche Objektivität werden nach wie vor männlich konnotiert und sind in dieser Form für die Identität vieler WissenschaftlerInnen bis heute konstitutiv (vgl. Fox-Keller 1998, Haraway 1995). Die Bedeutung, die Wissenschaft und Technik für die soziale Ordnung von Gesellschaften erhielt, manifestierte sich folglich in den an die Entwicklungen in den Naturwissenschaften und in den technischen Disziplinen geknüpften Problem- und Lösungsperspektiven (vgl. Nobel 1998). Wissenschafts- und Technikglaube setzten sich so insbesondere auch in der Behandlung von sozialen und politischen Kontexten fest und wurden durch die Entwicklung kapitalistischer Systeme, die das wissenschaftlich-technologische Wissen ökonomisch zu verwerten suchten, noch intensiviert. So wurden ab den 1940er Jahren aufgrund der vermehrten Wahrnehmung von aus wissenschaftlich-technologischer Forschung erwachsenen Risiken (Stichwort: Atombombeneinsatz und Umweltrisiken) höhere Legitimationsansprüche an die wissenschaftliche Gemeinde gestellt. Auch prägten und prägen neue Wissensansprüche unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen oder beispielsweise auch die strukturelle Umgestaltung der europäischen Forschungs- und Universitätslandschaft die Produktionsbedingungen wissenschaftlichen Wissens radikal.<sup>2</sup> So haben Forderungen der Wirtschaft, aber auch der politischen Systeme nach vermehrter Anwendungs- und Problemlösungsorientierung (vgl. Gibbons u. a. 1994) und nach ökonomischer Verwertbarkeit wissenschaftlich-technischer Erkenntnisse dazu beigetragen, dass in den letzten beiden Jahrzehnten die (Grundlagen-)Forschung in vielen Bereichen zu Gunsten der »applied sciences« vernachlässigt wurde. Fragen der Budgetierung sowie der wirtschaftlichen und politischen Verwertbarkeit ordnen die gesellschaftlichen Wissensverhältnisse in einem zunehmend an De- und Re-Regulierung von Wirtschaft und Staat interessierten Wirtschafts- und Politiksystem daher ständig neu. Dies hatte Auswirkungen auf die Wahl von Forschungsthemen, auf die Qualität und die Form des produzierten Wissens und auf die Art und Weise wie dieses Wissen an die Öffentlichkeit kommuniziert wurde. Die zunehmende Öffnung wissenschaftlicher Wissensproduktion insbesondere in Richtung politischer und ökonomischer EntscheidungsträgerInnen und neue Formen der Kooperationen zwischen WissenschaftlerInnen, TechnikerInnen und ExpertInnen aus anderen gesellschaftlichen Feldern wie Wirtschaft und Politik können als wesentliche Konsequenzen dieser Veränderungsprozesse angesehen werden. So diversifizierten sich der Gestaltungsraum und die Gestalt wissenschaftlichen Wissens in den letzten Jahrzehnten durch die Etablierung außeruniversitärer Forschungsorganisationen, unternehmens-eigener Forschungsabteilungen und politischer Think Tanks. Nicht zuletzt aus diesem Grund kann gegenwärtig nicht mehr von *dem* wissenschaftlichen Wissen bzw. *der*

wissenschaftlichen Expertise gesprochen werden. Davon zeugen u. a. das häufig widersprüchliche wissenschaftliche Gutachtenwesen und Kontroversen zwischen Wissenschaftsgemeinden. Wissenschaft wird gegenwärtig in Politikprozessen mehr denn je an ihrer Nützlichkeit für Politik und Wirtschaft gemessen, an ihrer Übersetzbarkeit in die politisch-ökonomische Realität (vgl. Gibbons u. a. 1994). Wissenschaft muss dafür entsprechende »dialogbegünstigende Anpassungsleistungen« (Rudloff 2005, 5) erbringen und das wissenschaftliche Wissen an politischen Rationalitäten ausrichten, denn die Wissenstypen, die von politischen und wirtschaftlichen AkteurInnen nachgefragt werden, sind andere als jene, die innerhalb der klassischen wissenschaftlichen Gemeinschaft im Vordergrund stehen (vgl. Rudloff 2005, 14).<sup>3</sup>

Richtet man den Blick nun konkret in das politische Feld, so ist hier eine Komplexitätszunahme sowohl auf struktureller als auch auf Prozess-Ebene zu beobachten. Politikprozesse im Rahmen der EU stellen äußerst komplexe Abläufe dar<sup>4</sup>, an denen zumeist über einen längeren Zeitraum auf unterschiedlichen Ebenen eine Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren beteiligt sind. Sabatier (1999, 3) fasst dies so zusammen:

*»There are normally hundreds of actors from interest groups and from governmental agencies and legislatures at different levels of government, researchers, and journalists involved in one or more aspects of the process. Each of these actors (either individual or corporate) has potentially different values/interests, perceptions of the situation, and policy preferences.«*

Sabatier betont damit die Bedeutung von »belief systems« (vgl. Sabatier 1999, 130ff) im Rahmen von Politikprozessen, also jenes Systems von Werten und Normen, das für Akteurinnen und Akteure handlungsleitend ist. Als wesentlich erachtet Sabatier dabei die Tatsache, »that most disputes involve deeply held values/interests, large amounts of money, and, at some point, authoritative coercion« (ebd. 1999, 4). Die institutionelle Ausformung der EU ist somit – nicht zuletzt aufgrund der Durchsetzung von Entstaatlichungs- und De- bzw. Re-Regulierungstrends, sowie der zunehmenden Komplexität von Politikprozessen – geprägt von Politik- und Repräsentationspraktiken, die mehr von Lobbying und symbolischen Politiken (vgl. Edelman 2005) getragen sind als von klassischen demokratiepolitischen Aushandlungsprozessen. Politikerinnen und Politiker ziehen zunehmend ExpertInnen aus allen gesellschaftlichen Feldern hinzu, wenn es um die Formulierung von politisch-strategischen Konzepten, von Gesetzesentwürfen, und um die Kommunikation politischer Inhalte geht. Dies führte in der Vergangenheit auf struktureller Ebene dazu, dass Interessen unter Zuziehung von ExpertInnen zunehmend in demokratisch nicht legitimierten Foren verhandelt wurden. Die Zuerkennung von ExpertInnenschaft erfolgte dabei nach den Gesichtspunkten eines an De- und Re-Regulierung von Staat und Markt orientierten Wirtschafts- und Politiksystems. Die Definitionsmacht von außerpolitischen Akteurinnen und Akteuren hat dabei einen zentralen Stellenwert in der Interessenaushandlung und politischen Steuerung erhalten<sup>5</sup>. So prägen heute insbesondere ökonomische Akteurinnen und Akteure mehr denn je in Form von Vereinigungen, temporären Interessenkoalitionen und als ExpertInnen die Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, die politischen Aushandlungsprozesse und last but not least die gesellschaftspolitischen Diskurse. Holland-Cunz (1999, 222f) weist auf diesen Zusammenhang hin, indem sie konstatiert, dass im politischen Feld eine Verschiebung von nationalstaatlichem »government« (Regierung) zu »governance« (Regelung) stattgefunden hat. Damit

verteilt sich die Definitionsmacht hinsichtlich Problem- und Lösungsperspektiven neu. Die strategische Platzierung von »wahrem« und damit »legitimem« Wissen durch LobbyistInnen und ExpertInnen wird zu einem zentralen Modus der Politik. Entscheidungsfindungen werden so für die Öffentlichkeit kaum nachvollziehbar. Durch die zunehmende Etablierung von ExpertInnendiskursen erfolgt eine Schließung politischen Handelns, die wiederum zu Intransparenz politischer Handlungen führt.<sup>6</sup> Diskursforschung ermöglicht nun im Rahmen sozialwissenschaftlicher Technikforschung die Analyse solcher Prozesse, die u. a. durch die diskursive Etablierung von Narrationen hergestellt werden.

### Die Entwicklung der »Wissengesellschaft« aus diskurstheoretischer Sicht

Die angesprochene Komplexität von Politikprozessen verweist auf die Bedeutung von Diskursen in den sich zumeist über Jahrzehnte erstreckenden Politikprozessen, werden doch gerade über Diskurse wie erwähnt »belief systems« verhandelt und entsprechend der Durchsetzung bestimmter Wertorientierungen ein konkretes Regel- und Orientierungswissen etabliert. Die »Wissengesellschaft« bzw. die »wissensbasierte Ökonomie« dienen im Rahmen dieser politischen Prozesse als anschlussfähige Leitbilder, die eine bestimmte Sichtweise von Welt legitimatorisch unterstützen. Die »Wissengesellschaft« und die »wissensbasierte Wirtschaft« fungieren dabei »nicht nur [als] Erklärung, wie die Welt zu sehen ist, sondern auch gerade [als] eine Perspektive, wie die Welt sein *sollte*« (vgl. Hörnlein 2000, 34; kursiv im Original). Diese Vision von Welt entsteht in diskursiven Prozessen, in denen die Definitionsmacht aufgrund unterschiedlicher Positionierungen im gesellschaftlichen Geflecht ungleich verteilt ist. Problem- und Lösungsdefinitionen sind daher nicht zuletzt ein Ergebnis einer zu einem konkreten historischen Zeitpunkt existierenden Macht-Wissensordnung (vgl. Hofmann 2004). Dabei kam in der Vergangenheit ExpertInnen aus dem wissenschaftlichen Bereich aufgrund der ihnen hinsichtlich der Produktion von »gesichertem Wissen« gesellschaftlich zuerkannten Glaubwürdigkeit eine zentrale Rolle zu. Bereits in den 1940er Jahren wurde in den USA von Ökonomen (vgl. Hayek 1945) die zunehmende Bedeutung von Wissen für die Wirtschaftsentwicklung konstatiert. Die Entstehung der Großforschungsprojekte im Zuge des 2. Weltkrieges und in der Zeit des Kalten Krieges (vgl. Felt/Nowotny/Taschwer 1995) und die gleichzeitig dazu etablierten politischen und ökonomischen Stabilisierungs- und Kolonialisierungsstrategien<sup>7</sup> führten u. a. dazu, dass technologisches Wissen in den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen an Bedeutung gewann. So dienten Technologien zum einen zum Erhalt des Machtgleichgewichts bzw. zur Abschreckung zwischen den Weltmächten, zum anderen eröffneten Produkte aus den militärischen Forschungen (z. B. Teflonbeschichtung, Mikrowelle, Internet, etc) auch neue Märkte und dynamisierten so die Ökonomien der nord-westlichen Hemisphäre.

Die Erkenntnisse auf dem Sektor der IKT führten ab den 1960er Jahren zu der Diagnose, dass die Entwicklung von Gesellschaften zunehmend auf der Herstellung und Anwendung von Information und Wissen über technologische Möglichkeiten basiert und immer weniger auf der menschlichen Arbeitskraft in der industriellen Fertigung. Von wissenschaftlichen Experten<sup>8</sup> wurden zur Beschreibung dieser Entwicklung Begriffe wie »Informationsgesellschaft« (Umesao 1963), »Wissensarbeiter«<sup>9</sup> (vgl. Drucker 1969) und »Wissengesellschaft« (vgl. Lane 1966) geprägt. Wissen

wird im Rahmen dieser Prognosen zur zentralen strategischen Ressource hinsichtlich Produktion, der Erstellung von Dienstleistungen und dem ökonomischen aber auch politischen Wettbewerb. Wissen selbst wird dabei als vernetzt und interdisziplinär hergestellt und als veräußerliches Gut begriffen. In den sich daraus entwickelnden Diskursen blieb bis in die Gegenwart, wie in Folge gezeigt wird, eine Technikzentriertheit bei der Lösung gesellschaftlicher Problemlagen eingeschrieben.

Wesentlich für eine diskurstheoretisch ausgerichtete Diskussion des institutionellen EU-Diskurses zur »Wissensgesellschaft« ist nun, dass politische und ökonomische Systeme im anglo-amerikanischen und europäischen Raum die oben genannten wissenschaftlichen Analysen neben zahlreichen anderen (vgl. u. a. auch Reich 1993) stark rezipierten. Damit wurden die Wettbewerbs- und die Fortschrittsorientierung, die dafür nötige Innovationsfähigkeit und das damit verbundene wissenschaftlich-technologische Wissen zu zentralen Themen im Diskurs. Diese frühen Analysen leisteten damit einen Beitrag zur diskursiven Konstruktion eines wissensbasierten Gesellschaftsbildes<sup>10</sup>, in dem zum einen (wissenschaftlich-technologisches) Wissen als zentraler Punkt gesellschaftlichen Wandels begriffen, und zum anderen neue Narrationen für Wertsetzungen und die Formulierung von Deutungsangeboten bereitgestellt wurden. Damit lieferten die jeweiligen ExpertInnen mit ihren Gesellschaftsanalysen nicht nur bloße Beschreibungen gesellschaftlicher Transformationen, sondern trugen durch die damit verbundene Diskursivierung des Themenfeldes zur Etablierung neuer hegemonialer Menschenbilder wie beispielsweise dem »Wissensarbeiter« oder dem »System-Analytiker«<sup>11</sup> und neuer narrativer Konzepte auf politischer Ebene bei.<sup>12</sup> Dem soll nun anhand des Diskurses zur »Wissensgesellschaft« auf EU-Ebene nachgegangen werden.

### Der Diskurs zur »Wissensgesellschaft« in der EU

Der US-amerikanische Diskurs über die »Informationsgesellschaft« wurde von den Institutionen der EU ab den frühen 1990er Jahren u. a. aufgrund der zunehmenden ökonomischen und politischen De- und Re-Regulierungsbestrebungen und der Verbreitung des Internets aufgegriffen. Von Beginn an waren ExpertInnengruppen im Rahmen von Politikberatungsprozessen in den Diskurs eingebunden (vgl. u. a. Bange mann 1995). Der technologiezentrierte Diskurs zur »Informationsgesellschaft« dominierte bis März 2000 den EU-Diskurs. Dabei wurden insbesondere die Förderung der Verbreitung von IKT und deren rechtliche Rahmenbedingungen verfolgt. Erst mit der Lissabon-Strategie wurde die »Informationsgesellschaft« mit dem Diskurs zu einer »Wissensgesellschaft« bzw. zu einer »wissensbasierten Wirtschaft« verknüpft.

Im März 2000 beschloss der Europäische Rat in Lissabon eine neue Strategie für die Weiterentwicklung der EU, die darauf abzielte,

*»die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum in der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen« (Europäischer Rat 2000a, 3).*

Diese Lissabon-Strategie enthielt insbesondere folgende Detailziele, nämlich dass  
 »– [d]er Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft durch bessere Politiken für die Informationsgesellschaft und für die Bereiche Forschung

*und Entwicklung, sowie durch die Forcierung des Prozesses der Strukturreform im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und durch die Vollendung des Binnenmarktes vorzubereiten ist;*

- *[d]as europäische Gesellschaftsmodell zu modernisieren, in die Menschen zu investieren und die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen ist;*
- *[f]ür anhaltende gute wirtschaftliche Perspektiven und günstige Wachstumsaussichten Sorge zu tragen ist, indem nach einem geeigneten makroökonomischen Policy-Mix verfahren wird.«<sup>13</sup>*

Mit der Annahme der Lissabon-Strategie im März 2000 wurden die Vision einer »Wissengesellschaft« und der schnelle Ausbau einer »wissensbasierten Wirtschaft« ins Zentrum der EU-Politiken gerückt. Damit reagierte der Europäische Rat auf die ökonomischen Entwicklungen in den (aufstrebenden) außereuropäischen Wirtschaftszentren der Welt, zu denen die EU im Sinne der hegemonialen neoliberalen Wirtschafts- und Politiklogik in Konkurrenz steht und immer weiter ins Hintertreffen zu geraten droht. Als Kernproblem dieser Entwicklung wurde insbesondere der bereits erwähnte US-amerikanische Vorsprung auf technologischer und wissensproduzierender Ebene ausgemacht. Die zentrale Problem- und Lösungsdefinition in der Lissabon-Strategie lautete dazu folgendermaßen (Europäischer Rat 2000a, 2):

- »1. Die Europäische Union ist mit einem Quantensprung konfrontiert, der aus der Globalisierung und den Herausforderungen einer neuen wissensbestimmten Wirtschaft resultiert. Diese Veränderungen wirken sich auf jeden Aspekt des Alltagslebens der Menschen aus und erfordern eine tiefgreifende Umgestaltung der europäischen Wirtschaft. Die Union muß diese Veränderungen so gestalten, daß sie ihren Wertvorstellungen und ihrem Gesellschaftsmodell entsprechen und auch der bevorstehenden Erweiterung Rechnung tragen.
2. Die raschen und immer schneller eintretenden Veränderungen bedeuten, daß die Union jetzt dringend handeln muß, wenn sie die sich bietenden Chancen in vollem Umfang nutzen möchte. Deshalb muß die Union ein klares strategisches Ziel festlegen und sich auf ein ambitioniertes Programm für den Aufbau von Wissensinfrastrukturen, die Förderung von Innovation und Wirtschaftsreform und die Modernisierung der Sozialschutz- und der Bildungssysteme einigen.«

In der Lissabon-Strategie wurde folglich die Bedeutung von Wissen als neuem Produktivitätsfaktor für gesellschaftliche Problemlösungen und ökonomisches Wachstum betont. Gleichzeitig wurde eine aktive Ausgestaltung der EU als »wissensbasierte Wirtschaft« angestrebt:

*»Von dem Übergang zu einer digitalen, wissensbasierten Wirtschaft, der von neuen Gütern und Dienstleistungen ausgelöst wird, werden starke Impulse für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsmöglichkeiten ausgehen. Darüber hinaus wird dieser Übergang es ermöglichen, die Lebensqualität der Bürger wie auch den Zustand der Umwelt zu verbessern« (ebd. 2000a, 4).*

Durch die Erreichung der Ziele von Lissabon und der Schaffung eines wissensbasierten Wirtschaftsraumes sollten das wirtschaftliche Wachstum gesichert, der allgemeine Wohlstand gefördert und soziale Problemlagen beseitigt werden. Ein Kernelement der Lissabon-Strategie war demnach von Beginn an die integrative Funktion der angestrebten Gesellschafts- und Wirtschaftsform durch die Etablierung der »Wissengesellschaft« bzw. »wissensbasierten Wirtschaft« auf Basis einer

»Informationsgesellschaft«. Folglich wurden im Diskurs zur »Wissensgesellschaft« den IKT ausgedehnte integrative Möglichkeiten zugeschrieben. Dies ist zudem an den gesetzten Maßnahmen abzulesen. Eine dieser Maßnahmen stellte die sogenannte »Europe Initiative« dar, die vom Europäischen Rat auf seiner Tagung in Lissabon 2000 beschlossen wurde. Mittels »Europe« sollte allen Bürgerinnen und Bürgern Zugang zum Internet ermöglicht, eine digitale Kultur geschaffen und die soziale Integration gefördert werden.<sup>14</sup> Der diesbezügliche Aktionsplan (Europäische Kommission 1999) wurde im Mai 2000 von der Europäischen Kommission beschlossen und im Juni desselben Jahres vom Europäischen Rat gebilligt. In den Lissabon-Zielen wurden zudem die Armutsbekämpfung und der Kampf gegen die soziale Ausgrenzung programmatisch festgelegt. Im Juni 2000 erschien die sozialpolitische Agenda 2000-2005 (Europäische Kommission 2000). Im November 2000 schließlich fand eine EU-Ratssitzung in Nizza statt, bei der im Rahmen der Lissabon-Strategie Maßnahmen zur Armutsbekämpfung beschlossen wurden (Europäischer Rat 2000b). Ab 2002 verschob sich der inhaltliche Schwerpunkt des Diskurses vom IKT-Fokus in Richtung Herausbildung von Human- und Sozialkapital. Damit wurde das Thema IKT diskursiv neu eingebettet. IKT blieb bis 2007 zwar im Diskurs präsent, erfuhr aber im Zusammenhang mit dem Thema »Human- und Sozialkapital« eine neue Bewertung im Lissabon-Prozess. Die Konferenz über Human- und Sozialkapital im Jahre 2002 markiert hier den diesbezüglichen ExpertInnen-Diskurs. Die u. a. dadurch gerahmte thematische Verschiebung im Diskurs zur »Wissensgesellschaft« soll in Folge näher behandelt werden. Zunächst werden jedoch die Funktion und der Aktionsradius von ExpertInnen im Rahmen von EU-Prozessen verdeutlicht, um dieses diskursive Ereignis entsprechend strukturell einzubetten.

### **ExpertInnen-Diskurs zur »Wissensgesellschaft« im Rahmen des Lissabon-Prozesses**

Wie wird nun ExpertInnen-Schaft in der EU zugewiesen? Im Rahmen der EU werden ExpertInnen in die festgelegten Beschlussfassungs-, Konsultations-, Evaluations- bzw. Überprüfungsverfahren einbezogen. Die Betrachtung der Entscheidungssysteme der EU zeigt folglich, dass ExpertInnen auf unterschiedlichen Ebenen angefragt und eingesetzt werden (vgl. Theurl 2005, 31). Zu unterscheiden sind zunächst die nationale und die EU-Ebene. Dabei werden zum einen interne Stäbe von ExpertInnen im Rahmen der Ministerial-/Kommissionsbürokratie und in festen Ausschüssen und Beiräten (Wirtschafts- und Sozialausschuss, Ausschuss der Regionen) eingesetzt. Diese stellen die EU-interne Expertise sicher. ExpertInnen werden zum anderen aber auch in Form externer Beratungsleistungen im Rahmen von Anhörungen, von (inter-)disziplinär besetzten Beratungsgremien sowie von gemischten Gremien wie Konvents angefragt. Sie werden in Vorgesprächen, Konzeptionen, Entscheidungsfindungen, bei der Durchführungskontrolle und Überprüfung von Maßnahmen informell wie formell einbezogen (vgl. auch Rudloff 2005, 2f). Neben WissenschaftlerInnen wird in den diversen Verfahren insbesondere Exponentinnen und Exponenten unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessensgruppen ExpertInnenstatus zugewiesen. ExpertInnen kommt dabei eine wesentliche Rolle in der Ausarbeitung von Strategien, der Folgenabschätzung von Maßnahmen, aber auch eine Legitimations- und Evaluationsfunktion zu. Zudem sind Expertisen im Rahmen der EU nicht nur auf formaler Ebene

wesentlich, sondern auch informell, wodurch die Transparenz von Entscheidungen und strategischen Ausrichtungen abnimmt (vgl. Theurl 2005, 36). Die Rolle von ExpertInnen und hier insbesondere die Frage, wer wem diese im Diskurs zuerkennt, also die Definitionsmacht besitzt, ist somit ein wesentlicher Aspekt des in der EU hergestellten Macht-Wissenskomplexes, der auch in den diskursiven Setzungsprozessen zur »Wissengesellschaft« bzw. zur »wissensbasierten Wirtschaft« zum Ausdruck kommt (vgl. Hofmann 2004).

Dass ExpertInnen hier eine zentrale Rolle zukommt, bestätigt sich in der Beschäftigung mit Diskursfragmenten zum Thema »Wissengesellschaft« und »wissensbasierte Wirtschaft«. ExpertInnen nahmen hier nicht nur im Zuge der Vorbereitung der Strategie selbst eine zentrale Rolle ein (vgl. Rodrigues 2002), sondern traten in deren Verlauf insbesondere dann in Erscheinung, wenn der Diskurs neue Impulse erhielt und sich Diskursverschiebungen ereigneten. Daraus kann jedoch nicht gleichzeitig geschlossen werden, dass ExpertInnen als Individuen besondere Macht zukommt, sondern lediglich, dass ihre Wissensangebote in den Politikprozess kontextabhängig mehr oder weniger prominent eingehen und diesen damit mitgestalten.

In Folge wird beispielhaft auf die Diskursentwicklung um die Konferenz über »Sozial- und Humankapital in der Wissensgesellschaft« näher eingegangen, um entsprechend der Zielsetzungen dieses Artikels die dabei etablierten technikzentrierten Narrationen zu explizieren.

### **Die diskursive Herstellung kollektiver Imaginationen durch Narrationen**

Im EU-Diskurs zur »Wissengesellschaft« dominierte bis zur Konferenz über »Sozial- und Humankapital in der Wissensgesellschaft« eine klare technologiezentrierte Herangehensweise, wenn es um die Entwicklung der in der Lissabon-Strategie angestrebten »Wissengesellschaft« bzw. einer »wissensbasierten Wirtschaft« ging.<sup>15</sup> Hier stand insbesondere die Ausgestaltung der »Informationsgesellschaft« im Vordergrund. Dabei wurde programmatisch auf den Ausbau der informations- und kommunikationstechnologischen Infrastruktur, die Aus- und Weiterbildung der Bevölkerung hinsichtlich IKT-Nutzung und den möglichst uneingeschränkten Zugang aller BürgerInnen zu diesen Technologien gesetzt. Für diese Aufgabe wurde ein eigenes Direktorat »Informationsgesellschaft« eingerichtet. Die Weiterentwicklung und die Nutzung von IKT wurde damit zum einen als zentrale Lösungsstrategie im Hinblick auf den wettbewerbsmäßigen Rückstand insbesondere gegenüber den USA diskursiv eingeführt, zum anderen wurden daran auch neue Integrationsmöglichkeiten geknüpft. Insbesondere von Marginalisierung betroffene Menschen, wie Personen mit Behinderungen und ärmere Bevölkerungsschichten, sollten durch die Nutzung von IKT sozial und ökonomisch in die Gesellschaft integriert werden.

2002 wurde im Diskurs eine thematische Verschiebung deutlich, die wesentlich von ExpertInnen geprägt wurde. Die IKT erfuhren eine thematische Kontextualisierung durch das Thema »Human- und Sozialkapitalbildung«. »Humankapital« wurde dabei definiert als »the knowledge, skills, competencies and attributes embodied in individuals that facilitate the creation of economic, social and personal well-being« (Europäische Kommission 2002, 3). Der Begriff »Sozialkapital« wurde im Vergleich dazu wie folgt gefasst: »The social capital of a society is the networks or other arrangements which enable individuals, groups or communities to share

norms, values and a mutual understanding and thus cooperate within or between these groups.« (Europäische Kommission 2002, 4) Die im Oktober 2002 von der Europäischen Kommission veranstaltete »Konferenz über Sozial- und Humankapital in der Wissensgesellschaft: Politische Auswirkungen« wurde von folgendem Credo begleitet: »The knowledge society not only requires a facility to use ICTs but to adapt to new developments. Lifelong learning is essential.« (Europäische Kommission 2002, 3) Die auf der Konferenz gehaltenen ExpertInnen-Vorträge zeigen jedoch, dass die IKT nicht nur als Treiber der gegenwärtigen Entwicklungen wahrgenommen wurden, also einen Teil der Problemdefinition darstellten, sondern insbesondere auch als zentrale Lösung ökonomischer, sozialer und politischer Problemstellungen – wie z. B. in der Bekämpfung von Armut und Langzeitarbeitslosigkeit. Die an dieser Konferenz beteiligten ExpertInnen stammten aus den unterschiedlichsten wissenschaftlichen Feldern, aus der Wirtschaft und den EU-Institutionen. Das Themenfeld Human- und Sozialkapital in der »Wissensgesellschaft« wurde durch die folgenden drei Themenschwerpunkte gerahmt: »Human and Intellectual Capital, Innovation and Entrepreneurship«, »Social and Human Capital for Sustainability« sowie »Sharing and Transferring Knowledge«. Diese Schwerpunkte weisen auf den Versuch hin, die Diskursgegenstände »Human- und Sozialkapital« bzw. »Wissensgesellschaft« definitorisch zu erfassen. Aus den einzelnen Beiträgen wird deutlich, dass die »Wissensgesellschaft« zwar als soziales wie ökonomisches Phänomen begriffen wird (vgl. Europäischen Kommission 2002, 1), was unter anderem im Beitrag des Kommunikationswissenschaftlers Jan Servaes unter dem Titel »The digital divide is a social, NOT a technological problem« auch näher ausgeführt wird (vgl. Servaes 2002; Hervorhebung im Original). Gleichzeitig bleiben die IKT dadurch zentraler Bezugspunkt der Diskussion, dass sie als Angelpunkt für zentrale Narrationen der Gegenwart dienen. Hierzu zählen insbesondere die an Begriffe wie »ökonomisches Wachstum«, »lernende Gesellschaft«, »lernende Organisation«, »Netzwerkgesellschaft«, »Innovation« oder »New Economy« geknüpften Erzählungen, die im Rahmen des Diskurses zur »Wissensgesellschaft« bzw. »wissensbasierten Ökonomie« als gesellschaftlich legitimiert nicht mehr in Frage gestellt werden. Die sich auf dieser Konferenz entfaltete kollektive Imagination lässt sich auf Basis dieser Narrationen wie folgt beschreiben: Mittels der »Wissensgesellschaft« und der damit auf das engste verknüpften »wissensbasierten Wirtschaft« wird über die Zusammenführung der genannten Narrationen eine Imagination etabliert, die ein auf IKT basierendes marktorientiertes Politik-, Wirtschafts- und letztendlich Sozialsystem unterstützt. Die darin hergestellten Differenzen zwischen Menschen haben auf unterschiedlichen Ebenen normalisierende Effekte. So wird insbesondere von einem stets lernwilligen und -fähigen Individuum ausgegangen, das sich den sich ständig verändernden Situationen (was für sich genommen bereits wiederum eine Form der Erzählung darstellt) anpasst, und so das wirtschaftliche Wachstum unterstützt. Dieses wirtschaftliche Wachstum wird dabei auf Ebene des Individuums gleichgesetzt mit der Erhöhung des persönlichen Wohlstands und der Lebensqualität. Alternative Gesellschafts- und Lebensentwürfe werden im Diskurs dadurch vermieden, dass ausschließlich lineare Entwicklungsnotwendigkeiten legitimiert werden. Gesellschaftliche – also soziale, ökonomische und politische – Ausgrenzung passiert hier impliziert durch die Formulierung eines angepassten Subjekttypus, der die – insbesondere technologiespezifischen – Anpassungsleistungen erfüllt.

## Fazit

Die Lissabon-Strategie ist für die Politiken der EU bis heute insofern handlungsleitend als darin der soziale und der ökonomische Wandel entlang der Leitbilder »Wissengesellschaft« und »wissensbasierte Ökonomie« strategisch verschränkt wurden. Der in diesen Leitbildern eingeschriebene integrative Anspruch wurde insbesondere zu Beginn der Lissabon-Strategie über die Nutzungsmöglichkeit und -notwendigkeit von IKT durch alle Bürgerinnen und Bürger begründet. Mit der im diskursiven Prozess stattgefundenen Ausdifferenzierung des Diskurses wurden zwar die IKT thematisch neu kontextualisiert, die Technik- und mit der Weiterentwicklung der IKT und anderen Technologien verbundene Marktzentrierung wurde jedoch insbesondere auch im ExpertInnendiskurs weitergeschrieben. Technologische Lösungen für soziale, ökonomische und politische Problemstellungen bleiben damit im Macht-Wissensregime der EU zentral, wie auch die Rolle von ExpertInnen und ihrem Detailwissen. Damit bleibt auch der normalisierende Charakter einer linearen, als unumgänglich betrachteten und damit unhinterfragten Politik des wirtschaftlichen Wachstums und des wissenschaftlich-technologischen Fortschritts aufrecht, in welchem wissenschaftliche und nicht-wissenschaftliche ExpertInnen ihre Status-Interessen neu verorten. Die Konsequenz für die Bürgerinnen und Bürger der EU liegt zum einen in der Ausrichtung struktureller Bedingungen auf selbstverantwortliche Subjekte, die im Diskurs zur »Wissengesellschaft« als am Markt gleichberechtigte SpielerInnen imaginiert werden. Zum anderen wird die Selbstwahrnehmung der Bürgerinnen und Bürger als Leistende und Konsumierende und weniger als politisch Partizipierende, diskursiv ständig aufs Neue entsprechend den Bedingungen geschärft. Last but not least sind sie mit einer ständigen Lernzumutung unter zunehmend fragmentierten Existenzverhältnissen konfrontiert, in die ein durch Defizite geprägtes Menschenbild eingeschrieben ist. EU-Nicht-Bürgerinnen und -Bürger bleiben von den genannten Zurichtungspraxen ebenso wenig ausgeschlossen, sie sind diesen nur unter verschärften Bedingungen ausgesetzt. ExpertInnenschaft hierzu existiert.

Der im Diskurs zur »Wissengesellschaft« erhobene integrative Anspruch ist nicht zuletzt auf den genannten Ebenen zu problematisieren und der Begriff »Wissengesellschaft« selbst als »empty signifier« (vgl. Laclau 1996), als »Platzhalter« für interessen-geleitete Problem- und Lösungsnarrationen zu betrachten. Angesichts sozialer, ökologischer und politischer Problemstellungen plädiert die Autorin daher dafür, zum Teil bereits vorhandene alternative Expertisen in die EU-Politiken einzubeziehen, deren Wertorientierung offen zu legen und die Entwicklung von Technologien zu fördern, die nicht nur vorwiegend ökonomischen und politischen Rationalitäten entsprechen, sondern insbesondere auch jene, die soziale und ökologische Problemstellungen behandeln bzw. solche im Sinne des Vorsorgeprinzips vermeiden helfen. Soziale, ökonomische, politische und ökologische Nachhaltigkeit und die damit verbundenen integrativen Existenzbedingungen brauchen aus Sicht der Autorin einen kritischeren Umgang mit Begriffen und den daran geknüpften Narrationen – insbesondere auch auf ExpertInnenebene. So scheint ein erweiterter Wissens- und Technikbegriff, der inter- und transdisziplinär geprägt ist und der nicht zwischen Technozentrismus und Technophobie polarisiert, von Nöten zu sein.

**Literatur**

- Bangemann, Martin (1995) Europa und die globale Informationsgesellschaft. – Wirtschaftsfragen, Heft 24, Verwaltungs- und Privat Bank AG, Vaduz.
- Bittlingmayer, Uwe, H. (2005) »Wissengesellschaft« als Wille und Vorstellung, Konstanz.
- Bolz, Norbert (2001) Es geht auch anders. Ethik als Versteck und die Grenzen der Politikberatung, Frankfurter Rundschau, 29. 5. 2001, 19.
- Castells, Manuel (1998) End of Millenium. The Information Age: Economy, Society and Culture, Bd. 3, Malden, MA/ Oxford.
- Drucker, Peter F. (1969) The Age of Discontinuities, London. Zitiert nach der deutschen Ausgabe Die Zukunft bewältigen, Düsseldorf/ Wien.
- Edelman, Murray (2005) Politik und Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns. 3. erweiterte Auflage, Campus, Frankfurt/M.
- Europäische Kommission (1999) Mitteilung der Kommission »eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle«, KOM(1999) 687.
- Europäische Kommission (2000) Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. Sozialpolitische Agenda, KOM(2000) 379.
- Europäische Kommission (2002) Conference rationale. [http://ec.europa.eu/employment\\_social/knowledge\\_society/conf\\_en.htm](http://ec.europa.eu/employment_social/knowledge_society/conf_en.htm), Abfrage vom 24. 5. 2007, 9:55.
- Europäischer Rat (2000a) Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Lissabon 23.–24. 3. 2000.
- Europäischer Rat (2000b) Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Nizza 7.–9. 12. 2000.
- Felt, Ulrike/Nowotny Helga/Taschwer, Klaus (1995) Wissenschaftsforschung, Frankfurt/M.
- Foucault, Michel (1993) Technologien des Selbst, Frankfurt/M.
- Fox Keller, Evelyn (1998) Liebe, Macht und Erkenntnis. Männliche oder weibliche Wissenschaft, Frankfurt/M.
- Gibbons, Michael/Limoges, C./Nowotny, Helga/Schwartzmann, S./Scott, P./Trow, M. (1994) The new production of knowledge. The dynamics of science and research in contemporary societies, London.
- Haraway, Donna (1995) Die Neuerfindung der Natur, Frankfurt/M.
- Hayek, Friedrich A. (1945) The Use of Knowledge in Society; in: American Economic Review, Vol. XXXV, No. 4, 519-530.
- Heintz, Bettina/Merz, Martina/Schumacher, Christina (2004) Wissenschaft, die Grenzen schafft. Geschlechterkonstellationen im disziplinären Vergleich, Bielefeld.
- Hofmann, Roswitha (2004) Machtwert des Wissens – Wirtschaft und Forschung; in: Fachhochschule St. Pölten (Hg.) Facts, Band 3, Wien/ Köln/ Weimar, 25- 38.
- Holland-Cunz, Barbara (1999) Sieben Thesen zu einer feministischen Theorie der Demokratie; in: Abels, Gabriele/Siff, Stefanie (Hg.) Demokratie als Projekt. Feministische Kritik an der Universalisierung einer Herrschaftsform, Frankfurt/New York, 213-230.
- Howarth, David (2000) Discourse. Concepts in the Social Sciences, Buckingham, Philadelphia.
- Hörnlein, Frank (2000) Leitbilder im Zielsystem der europäischen Integration. Berliner Europa-Studien, Bd. 7, Berlin.
- Kümmel, Gerhard (Hg.) (2004) Wissenschaft, Politik und Politikberatung. Erkundungen zu einem schwierigen Verhältnis, Frankfurt/M.
- Laclau, Ernesto (1996) Emancipation(s), London.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985) Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics, London.
- Lane, Robert E. (1966) The decline of politics and ideology in a knowledgeable society; American Sociological Review, 31, 649-662.
- Nakamura, Robert (1987) The Textbook Process and Implementation Research; in: Policy Studies Review 1, 142-154.
- Nobel, David (1998) Eiskalte Träume. Die Erlösungsphantasien der Technologen, Freiburg im Breisgau/ Wien.
- Reich, Robert B. (1993) Die neue Weltwirtschaft, Frankfurt/M.
- Rodrigues, Maria João (Hg.) (2002) The New Knowledge Economy in Europe. A Strategy for international competitiveness and social cohesion. Cheltenham, UK/ Northampton, MA.

- Rudloff, Wilfried (2005) Does science matter? Zur Bedeutung wissenschaftlichen Wissens im politischen Prozess. Forschungsinstitut für öffentliche Verwaltung bei der deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Discussion Papers 19.
- Sabatier, Paul A. (Hg.) (1999) Theories of the Policy Process, Boulder.
- Servaes, Jan (2002) The digital divide is a social, NOT a technological problem. Vortrag auf der Konferenz: Human- and Social Capital in the Knowledge Society: Policy Implications, Brüssel, 28.-29. 10. 2002.
- Singer, Mona (2005) Geteilte Wahrheit. Feministische Epistemologie, Wissenssoziologie und Cultural Studies, Wien.
- Theurl, Theresia (2005) Politikberatung in der Europäischen Union; in: Leschke, Martin/ Pies, Ingo (Hg.) Wissenschaftliche Politikberatung. Theorien, Konzepte, Institutionen, Stuttgart, 29-46.
- Umesao, Tadao (1963) »Jōhō sangyō ron« (Über die Informationsindustrie); in: Hōsō Asahi, Januar 1963, 4-17.
- Verein FLuMiNuT (FrauenLesben und Mädchen in Naturwissenschaft und Technik) (2002) Wissen\_Schaff(f)t Widerstand. 27. Kongress von Frauen in Naturwissenschaft und Technik. ExpertInnen-Werden, Expertinnen-Sein, Wien, 33-37.
- Weingart, Peter (2001) Die Stunde der Wahrheit? Zum Verhältnis der Wissenschaft zu Politik, Wissenschaft und Medien in der »Wissensgesellschaft«, Weilerswist.

## Anmerkungen

- 1 So wurde insbesondere in der ersten Phase des Lissabon-Prozesses die Vermittlung von Basis-Computerkenntnissen an breitere Bevölkerungsschichten als prioritäres Mittel zur Erhöhung der Beschäftigungsquote betrachtet. Faktoren wie Geschlechter- und Altersdiskriminierung bei der Einstellung von ArbeitnehmerInnen, geographische Benachteiligungen, Armut etc. fanden dabei kaum Berücksichtigung.
- 2 Ein historischer Rückblick zeigt jedoch, dass sich lediglich die Intensität und die Organisationsformen verändert haben. Die Verbindungen zwischen Wissenschaft, Technikentwicklung, Politik und Ökonomie sind historisch, abhängig von den jeweiligen Organisationsformen der unterschiedlichen Felder, immer vorhanden gewesen.
- 3 Kritisch zum Verhältnis der Sozialwissenschaften und der Politik und dem sich dadurch verändernden Wissenschaftsverständnis und den wissenschaftsethischen Ansprüchen äußert sich u. a. Bolz (2001). Eine neuere Übersicht zu kritischen Positionen dazu findet sich auch in Kümmel (2004).
- 4 Sabatier geht dabei von einem äußerst komplexen Policy-Prozess aus und nicht vom in der Policy-Analyse lange angewandten Stufenmodell Nakamuras (1987), das nur einen Policy-Zirkel beschreibt (vgl. Sabatier 1999, 7). Sabatier sucht mit seinem Zugang der Komplexität des Prozesses besser zu entsprechen.
- 5 Bis 2005 war das Lobbying unterschiedlicher Interessensgruppen im Rahmen der EU-Institutionen nur durch einen Verhaltenskodex sowie den Erwerb eines Hausausweises geregelt. Die abnehmende Zustimmung der Bevölkerung zur EU führte zu Beginn dieses Jahrzehnts zunehmend zu Debatten über das Thema »Governance«, d. h. über die Steuerungs- und Regelungssysteme, durch welche alle gesellschaftlichen Gruppen bestmöglich in den Politikprozess einbezogen werden sollten. Formen der Partizipation und die Transparenz politischer Entscheidungsfindung waren hier zentrale Themen. 2006 nahm die Europäische Kommission das Grünbuch über die europäische Transparenzinitiative an, in deren Rahmen insbesondere die Transparenz bei der Verwendung der EU-Haushaltsmittel erhöht werden soll. In diesem Zusammenhang richtete die Kommission am 21. 3. 2007 ein öffentliches Register für alle InteressensvertreterInnen ein. Die Registrierung darin ist freiwillig.
- 6 Insbesondere im Rahmen feministischer Diskussionen (vgl. u. a. Verein FLuMiNuT 2002, 35) und entlang diskurstheoretischer Konzepte wurden diese Prozesse bereits in unterschiedlichen thematischen Kontexten bearbeitet (vgl. u. a. Laclau/ Mouffe 1985, Foucault 1993).
- 7 Hier ist u. a. das Bretton-Woods-Abkommen zu nennen, das 1944 von 44 Staaten geschlossen wurde. Mit diesem Abkommen wurde ein an den US-Dollar gebundenes stabiles

- Währungssystem mit dem Ziel eingeführt, einen reibungslosen Welthandel zu etablieren. Gleichzeitig wurden der Internationale Währungsfonds und die Weltbank gegründet. Das System brach 1971 zusammen, als die USA ihrer Goldeinlösepflicht, die sie mit der Dollar-Bindung eingegangen war, durch die Finanzierung der Vietnam-Krise nicht mehr nachkommen konnte.
- 8 Die ausschließlich männliche Form verweist hier auf die Tatsache, dass unter den meist zitierten Publikationen aus den 1960er und 1970er Jahren zum Thema keine Autorin aufscheint.
  - 9 In der deutschen Übersetzung findet sich nur die männliche Form.
  - 10 Servaes (2002) spricht in diesem Zusammenhang auch von »new narratives«.
  - 11 In der deutschen Übersetzung findet ausschließlich die männliche Form Verwendung.
  - 12 So baut beispielsweise Castells' Konzeption der wissensbasierten »Netzwerkgesellschaft« auf dem Diskurs zur wirtschaftlichen Globalisierung und den darin enthaltenen Bildern der internationalen Arbeitsteilung und des internationalen Austausches von Information und Wissen auf (vgl. Castells 1998).
  - 13 [http://www.europarl.eu.int/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.eu.int/summits/lis1_de.htm) 13.01.2004 15:50.
  - 14 vgl. <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/cig/g4000i.htm#RESEARCHAREA>, 27.1.2004, 17:58.
  - 15 Die Weichen dafür wurden bereits in den frühen 1990er Jahren u. a. im Rahmen des sogenannten Bangemann-Berichts gestellt. Dieser ExpertInnen-Bericht bestimmte die EU-Politik der 1990er Jahre, in welcher Problemlösungszenarien technikzentriert und auf Marktliberalisierung hin formuliert wurden (Bangemann 1995).

**Ich bin dabei...**  
 ...weil wir gemeinsam  
**mehr erreichen  
 können.**

Die Gewerkschaft der Privatangestellten Druck, Journalismus, Papier (GPA-DJP) verhandelt jährlich Löhne und Gehälter in mehr als 150 Branchen und bietet ihren Mitgliedern einen umfangreichen arbeitsrechtlichen Schutz.

Es gibt vieles, für das es sich lohnt,  
**organisiert zu sein.**

GPA-DJP-Mitglieder haben's besser. Überzeugen Sie sich selbst:  
[www.gpa-djp.at](http://www.gpa-djp.at)

**GPA djp**  
 GEWERKSCHAFT DER PRIVATANGESTELLTEN  
 DRUCK - JOURNALISMUS - PAPIER